

## **Stellungnahme zu den Anträgen für den Sozialausschuss am 17.09.2019 zum Thema Drogen / Drogenkonsum / Drogensituation / Drogenstrategie**

### **1. Drogenstrategie / Kooperationen**

- a) Aus Sicht der Verwaltung ist die Primär(-prävention) das aller Wichtigste. In der Hansestadt Lübeck existiert dazu
- der Arbeitskreis Sucht mit allen relevanten Trägern / Gruppen / Ansprechpartnern aus diesem Bereich unter Führung des Gesundheitsamtes
  - der LKS e.V. (Lübecker Koordination Suchthilfe), Geschäftsführung durch das Gesundheitsamt mit allen großen Trägern der Suchthilfe (ZIP/UKSH, AWO, Brücke, Soliton, AK Phönix, Aneos Klinik)
  - AG Suchtvorbeugung in Kitas und Schulen (Bereiche Familienhilfen, Schule und Sport, Schulamt, Städtische Kindertageseinrichtungen, Jugendarbeit, Gesundheitsamt, Verkehrsangelegenheiten, aber auch die Präventionsstelle der Polizeidirektion Lübeck

Regelmäßig wird ein Suchthilfebericht erstellt und zuletzt auch das Suchtpräventionskonzept der Hansestadt Lübeck, das sogenannte

#### **gesamtstädtisch trägerübergreifende Suchtpräventionskonzept.**

Dieses Konzept wurde auch im Sozialausschuss vorgestellt, es beinhaltet besonders ein **einheitliches** Vorgehen für **alle** Süchte basierend auf dem Konzept

#### **Kinder stark machen – Resilienz fördern**

Deshalb wurden auch eine Liste erstellt mit besonders nachhaltig wirkenden Projekten, die an Schulen einfach durchgeführt werden können, wie z. B. dem Projekt Fit und stark plus oder Klasse 2000 etc.

- b) Nicht vergessen: Alkohol ist in allen Bereichen gegenüber den illegalen Drogen das **viel größere Problem** (aber auch Medikamentenabhängigkeit, Glücksspielsucht und Social Media).
- c) Es erfolgt dabei eine enge Zusammenarbeit durch vernetzte Strukturen mit dem Kriminalpräventiven Rat, eine sehr gute gegenseitige Information ist gewährleistet.

### **2. Maßnahmen**

- a) Eine Intensivierung der Arbeit in diesem Bereich ist sinnvoll.
- Die Stabstelle Gesundheitsförderung / Suchthilfekoordination beim Gesundheitsamt sollte von einer auf zwei Stellen aufgestockt werden (bis vor wenigen Jahren hatten wir hierfür auch 2 Stellen zur Verfügung).
  - Die personelle Stärkung der bestehenden Suchtberatungsstellen unter spezieller Berücksichtigung von Menschen mit Migrationshintergrund ist als sinnvoll anzusehen. Im Gesundheitsamt haben wir diesbezüglich im Sozialpsychiatrischen Bereich sehr gute Erfahrungen gemacht. Selbstverständlich erfolgt schon seit längerer Zeit eine enge Zusammenarbeit zwischen den relevanten Akteuren, wie z. B. auch der Traumambulanz für Geflüchtete am ZIP Lübeck oder der Brücke oder der Stabstelle Integration.

- Ein Suchtpräventionsnetzwerk an Lübecker Schulen besteht schon, wie oben beschrieben. Die Schulen sind dabei aber sehr unterschiedlich engagiert, es gibt einige Schulen, die sehr vorbildlich tätig sind, andere Schulen scheinen diese Thematik zum jetzigen Zeitpunkt anscheinend noch nicht so wichtig zu nehmen, dabei ist es eigentlich vorgesehen, dass alle Schulen für Suchtprobleme jeweils eine Ansprechpartnerin/einen Ansprechpartner haben sollten.
- Das Monitoringsystem „Drogentrends“ das in Frankfurt durchgeführt wird, ist eigentlich ein Kompass für alle anderen Stellen in Deutschland, muss aus Sicht des Gesundheitsamtes nicht getrennt auch in Lübeck durchgeführt werden, wäre auch mit erheblichem logistischen Zusatzaufwand verbunden.

b) Medizinische und soziale Versorgung

Bezüglich der Ausweitung des Streetworks auf das gesamte Stadtgebiet sollte zunächst einmal den Ergebnisbericht der gerade zwei zusätzlich freigegebenen Stellen bei der AWO und Diakonie abgewartet werden. Diese beiden Streetworker sind erst seit Frühjahr 2019 tätig, ein erster Zwischenbericht wird Ende diesen Jahres vorgelegt werden, es sollte dann aber zunächst auch die Einjahresevaluation abgewartet werden, bevor weitere Stellen beschlossen werden, nur so kann auch ein eventueller Personalbedarf ermittelt werden.

- Das Thema Drogenkonsumraum wurde schon diverse Male in den letzten Jahren diskutiert und auch im Sozialausschuss erörtert, letztendlich wurde ein Drogenkonsumraum für Lübeck nicht befürwortet. Das Sozialministerium des Landes Schleswig-Holstein kommt in einem Bericht an dem schleswig-holsteinischen Landtag (Sozialausschuss) zu dem Schluss, dass mit jährlichen Kosten von ca. 500.000 € zu rechnen seien (die Stadt Saarbrücken zahlt z. B. jährlich 800.000 €). Die AG der Kommunalen Landesverbände Schleswig-Holstein hält grundsätzlich die Einrichtung von Drogenkonsumräumen für bedenklich, unter anderem deshalb, weil mit dem Vorhalten von Drogenkonsumräumen der Anschein erweckt werden würde, der Umgang mit illegalen Drogen werde toleriert oder gar unterstützt. Eine konsequente, gut evaluierte und nachhaltige Prävention sowohl für illegale als auch legale Drogen sei zu unterstützen und sollte weiterhin im Mittelpunkt aller Maßnahmen stehen, wobei dem Kinder- und Jugendschutz hohe Priorität eingeräumt werden müsse.

Seitens des Landes war auch noch geäußert worden, dass zusätzliche Mittel des Landes für Drogenkonsumräume nicht zur Verfügung stehen, die Mittel des Landes seien im Sozialvertrag 2 festgeschrieben.

Die Thematik weiterer Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund unabhängig von deren Aufenthaltsstatus mit der Doppeldiagnose psychischer Erkrankung / Trauma und Sucht wird noch weiter auf Landesebene besprochen.

- Die Kosten für ein Drogenhilfemobil werden fürs Auto mit etwa 100.000 € anzusetzen sein, für die 2 Sozialarbeiterstellen mit 142.000 € jährlich.

Im Auftrag

Dr. Michael Hamschmidt  
Bereichsleiter Gesundheitsamt